

1 **Antrag A14**

2 **Antragsteller:**

3  
4 **Landesvorstand**

5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18 **„Kommunale Verpackungssteuern verbieten“**

19  
20 Die CDU NRW wird gebeten, im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2027 eine  
21 Forderung zu verankern, die darauf abzielt, die Einführung kommunaler  
22 Verpackungssteuern im Kommunalabgabengesetz zu verbieten.

23  
24 **Begründung:**

25  
26 Ausgehend von der Stadt Tübingen wird inzwischen auch in nordrhein-westfälischen  
27 Kommunen intensiv über die Einführung einer kommunalen Steuer auf Einweg-  
28 Verpackungen diskutiert. Grundlage dafür ist ein Beschluss des  
29 Bundesverfassungsgerichts vom 27.11.2024 (1 BvR 1726/23), in dem eine  
30 Verpackungssteuer als zulässig erklärt wurde. In einigen Städten wie Bonn, Köln  
31 oder Oberhausen sind Beschlüsse dazu bereits getroffen worden, in anderen stehen  
32 solche Beschlüsse bevor. Es droht ein Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen  
33 zu Steuersätzen und Anforderungen. Die Erhebung einer solchen Steuer ist aus  
34 mehreren Gründen problematisch:

- 35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49
- Sie trifft vor allem mittelständische Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes und des Handwerks, die keine industriell gefertigten, sondern frisch zubereitete Lebensmittel verkaufen.
  - Sie führt zu erheblichen Preissteigerungen für Verbraucher.
  - Ihre ökologische Lenkungswirkung ist fraglich.
  - Kommunen könnten versucht sein, die Steuer aus fiskalischen Gründen weiter auszubauen.
  - Die Regelungsabsicht überlagert sich mit Rechtsetzung auf europäischer Ebene und des Bundes.
  - Die Steuer löst auf Seiten der Kommunen einen erheblichen Vollzugs- und Kontrollaufwand aus, auf Seiten der betroffenen Betriebe wird ein erheblicher Berichts- und Dokumentationsaufwand ausgelöst, der der Zielsetzung des Bürokratieabbaus zuwiderläuft.

50 Die nordrhein-westfälischen Kommunen sollten deshalb auf die Einführung einer  
51 kommunalen Verpackungssteuer verzichten. Die Landesregierung sollte die gemäß §  
52 2 Absatz 2 Kommunalabgabengesetz erforderlichen Genehmigungen für solche  
53 Beschlüsse der Kommunen verweigern. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte  
54 darüber hinaus dem Vorbild Bayerns folgen und im Kommunalabgabengesetz  
55 grundsätzlich die Erhebung einer solchen Steuer verbieten.

56

57 **Votum der Antragskommission:**

58 Zustimmung